

Datenschutzhinweis über die Videoüberwachung in Bahnen



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Gemeinsam Verantwortliche gem. Art. 26 DS-GVO:

- Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Sandkaule 2, 53111 Bonn
- Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH, Theaterstraße 24, 53111 Bonn

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter.verkehr@stadtwerke-bonn.de oder postalisch unter o. g. Adresse mit dem Zusatz - Datenschutzbeauftragter -

Zwecke der Datenverarbeitung:

- Prävention von Gewalt gegenüber unseren Kunden/innen und Mitarbeitern/innen
- Verbesserung der Strafverfolgung durch Beweissicherung bei strafbaren Handlungen
- Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO, § 4 BDSG n. F.

berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Schutz von Leben, Gesundheit, und Freiheit
- Wahrnehmung des Hausrechts
- Rechtsverfolgung

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

48 Stunden

In Einzelfällen werden Daten länger gespeichert, wenn dies für die Verfolgung der angegebenen Zwecke erforderlich ist.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten:

Ggf. Strafverfolgungsbehörden, Gerichte

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Nordrhein-Westfalen ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf.